

Wir sind nicht in der Position, den Bürgern zu sagen, was für sie in allen Lebenslagen am besten ist.

Was für ein Bild haben wir als Politiker von den Bürgern? Das ist eine sehr grundsätzliche Frage – und sie ist sehr aktuell. Die Bürger sind der Souverän, alle Macht geht von ihnen aus. Das ist das Grundprinzip unserer Demokratie. Passt dazu, das Leben der Bürger möglichst genau regeln zu wollen? Nein, im Gegenteil.

Wir sind nicht in der Position den Bürgern zu sagen, was für sie in allen Lebenslagen das Beste ist. Wir müssen dafür sorgen, dass sie ihr Leben frei und sicher selbst gestalten können. Für dieses Prinzip steht die Soziale Marktwirtschaft.

Leider greift der Staat immer tiefer ein. Salopp gesagt: Erst nehmen wir den Bürgern große Teile ihres Einkommens weg. Dann geben wir das Geld über vielfältige Leistungen, Prämien und Subventionen wieder zurück. Oft, um ein bestimmtes Verhalten zu erzeugen. Oft, um Probleme zu beheben, die selbst auf staatlichen Eingriffen basieren. Wir sollten uns wieder öfter fragen: Lösen wir mit staatlichen Eingriffen tatsächlich Fehlentwicklungen dort, wo sie entstehen? Wäre es beispielsweise nicht konsequenter, Familien bei Steuern und Abgaben zu entlasten, damit sie sich Eigentum leisten können, statt ihnen das Geld erst wegzunehmen und dann ein Baukindergeld zu zahlen? Stünde uns mehr Mut zu solch grundsätzlichem Handeln als CDU nicht gut zu Gesicht?

Die wichtigste Aufgabe für den Staat in der Sozialen Marktwirtschaft ist es, einen stabilen Ordnungsrahmen und eine funktionierende Infrastruktur zu garantieren. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger ihr Leben frei und selbstbestimmt leben können. Regeln, die der Staat erlässt, muss er durchsetzen und sich vor allem auch selbst an sie halten. Aufgaben, die der Staat übernimmt, muss er erfüllen. Das gilt vom schnellen Arzttermin bis zur Kontrolle darüber, wer zu uns kommt. Zusagen, die der Staat macht, muss er halten. Wenn wir versprechen, dass der Soli ausläuft, dann muss er auch auslaufen. Der Staat muss für intakte Brücken und Straßen sorgen, doch bei beidem nagen wir zu oft an der Substanz. Obwohl längst klar ist, dass Netze in Zukunft so wichtig wie Straßen sind, geht der Breitband- und Mobilfunkausbau zu langsam voran. Der Steuerbescheid und der Bußgeldbescheid beim Falschparken

erreichen die Bürger zuverlässig, aber an der Planung von Flughäfen oder an einem funktionierenden Außengrenzschutz scheitern wir – ist es nicht gerade dieses Ungleichgewicht, das zunehmend Frust produziert?

Auch das Leistungsversprechen halten wir leider nur noch unzureichend ein. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft und einem positiven Bürgerbild sollte der Staat Leistung ermöglichen, einfordern und belohnen. Und gleichzeitig zielgerichtet die Menschen unterstützen, die zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen auf Hilfe angewiesen sind. Doch dieses Grundprinzip verwässert immer mehr. Das kann fatale Folgen haben. „Kinder kriegen die Leute immer“, hat Konrad Adenauer einst gesagt. Doch die Geburtenrate ist seitdem dramatisch gesunken. Selbst die klügsten Politiker können also irren. Heute scheint der weit verbreitete Glaube zu sein: „Leistung bringen die Leute immer“ – ganz egal, wie sehr die Steuern und Abgaben steigen. Um zu sehen, wie dieser Glaube in die Irre führt, müssen wir nicht auf die Gelbwesten in Frankreich blicken. Auch in Deutschland zeigt der Protest Spuren, wenn auch subtiler: Unser Land ist seit 2005 ein Auswanderungsland. Die größte Gruppe unter ihnen: junge Erwachsene zwischen 20 und 35.

Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die Belastungen für Unternehmen und Arbeitnehmer nicht weiter steigen. Deutschland gibt heute rund eine Billion Euro für Sozialleistungen aus. Diese Summe geht an die Grenzen der Vorstellungskraft. Sie zeigt, wie wirtschaftlich stark Deutschland ist. Eine Billionen Euro entsprechen der gesamten Wirtschaftskraft der Niederlande. Allein für Renten und Pensionen wenden wir das Bruttoinlandsprodukt von Nigeria auf, immerhin ein Land mit bald 200 Millionen Einwohnern. Wir befinden uns in Deutschland also dank der Sozialen Marktwirtschaft in einer unglaublich privilegierten Situation. Gleichzeitig haben die fetten Jahre dazu geführt, dass alles finanzierbar und machbar scheint – aber das ist ein Trugschluss. Auf diesem Level kann es dauerhaft nicht weitergehen. Denn auch wenn wir Maßnahmen mit wohlklingenden, warmen Worten begründen, wie es bei der „Respekt-Rente“ geschieht: All das muss langfristig finanziert werden können. Der Respekt gegenüber denjenigen, die dieses Geld erwirtschaften müssen gebietet es, auch über diese Seite zu diskutieren. Um die Belastungsschraube für die jüngeren

Generationen nicht endgültig zu überdrehen, muss unsere Sozialpolitik in Zukunft zielgerichteter werden: Deshalb wollen wir die Grundrente auch nur mit Bedarfsprüfung einführen. Für die CDU ist außerdem klar, dass Armut am besten durch Arbeit bekämpft wird und nicht dadurch, Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Deshalb lehnen wir auch einen verlängerten Arbeitslosengeldbezug ab. Um die Folgen der Digitalisierung abzuwehren, setzen wir dafür auf Weiterbildung, gerne auch durch moderne, digitale Angebote. Bürger sollen während ihres ganzen Lebens die Möglichkeit erhalten, sich weiterzubilden.

Auch das Prinzip Fördern und Fordern gehört zur Sozialen Marktwirtschaft. Es ist weder unanständig oder ungerecht. Im Gegenteil. Wir erwarten von Polizisten, Krankenpflegern und anderen Angestellten ganz selbstverständlich, dass sie pünktlich zur Arbeit gehen. Warum können wir dann von jemandem, der Unterstützung aus Steuergeld erhält, nicht erwarten, einen Termin bei der Arbeitsagentur wahrzunehmen? Wer das Ende von Sanktionen bei Hartz-IV fordert, kündigt die Gerechtigkeit im Solidarsystem auf. Das hieße nichts anderes als: die, die den Wohlstand erwirtschaften, müssen sich an Regeln halten und mit Sanktionen leben. Die, die Unterstützung erhalten, müssen es nicht. Muss eine solche Haltung das Solidarsystem nicht zwangsläufig gefährden?

Es geht um das große Versprechen der Bundesrepublik: Unseren Kindern und ihren Kindern wird es einmal (noch) besser gehen. Wenn wir unsere Leistungsfähigkeit, unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat langfristig erhalten wollen, müssen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder konsequent angewandt werden. Sie leiten uns zu den richtigen Antworten auf die entscheidenden Fragen unserer Zeit: Globalisierung, Digitalisierung, Demografie, Umweltschutz, Reform der EU und Migration.

Wir als CDU werben um das Vertrauen der Bürger. Wir sollten im Gegenzug in die Bürger vertrauen. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft haben Deutschland im 20. Jahrhundert stark gemacht. Sie werden sich auch im 21. Jahrhundert bewähren.

Gastbeitrag von Carsten Linnemann und Jens Spahn erschienen am 23. März 2019 im Focus